

Top aktuelle Informationen finden Sie auf unserer Homepage: [www.aktiomed.de](http://www.aktiomed.de)

# AKTIOMed

vertraulich  
Dezember 2019

Empfehlungen für Investment-Anlagen in Investmentfonds, geschlossene Fonds und Immobilien

AKTIOMed Postfach 310147, 53201 Bonn Tel.: 0228/18467-0 / [www.aktiomed.de](http://www.aktiomed.de)  
Versand: Vierfarbig per Post oder e-mail (PDF-Datei, zu öffnen mit Acrobat Reader )

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Demokratie entwickelte sich über das Budgetrecht. Als nicht mehr der Alleinherrscher über die Gestaltung der Steuereinnahmen und ihre Verwendung entscheiden konnte, begann die Gewaltenteilung und damit der Weg hin zur Demokratie. In einer ausgereiften **parlamentarischen Demokratie** wie die der Bundesrepublik Deutschland hat sich dieses Recht manigfaltig verzweigt, dennoch betrifft ein **Großteil des politischen Handelns**, vor allem auf Bundesebene, die Gestaltung der Einnahmen, ihre Verteilung auf die einzelnen Gebietskörperschaften und die Entscheidungen über die Verwendung der eingenommen Mittel. Ein ganz wesentlicher Grundsatz ist hierbei, daß keine Personen oder Personengruppen dabei bevorzugt werden oder es einzelnen Gruppen erlaubt ist, sich durch entsprechende Gestaltung ungerechtfertigte und vom Gesetzgeber so nicht gewollte Vorteile zu verschaffen.

Verstößt nun die durch die repräsentative Volksversammlung gebildete Regierung gegen diese Grundsätze, muß man entweder von Unfähigkeit sprechen oder sogar ein Handeln wider besseren Wissens unterstellen. Aktuell an zwei Stichworten:

**Cum-cum und cum ex sowie Kassenbon-Pflicht.** Während die Angelegenheit mit dem Cum und dem Ex eher etwas für Eingeweihte ist, haben sich in den letzten Tagen viele Befragte in den Medien gegen die Einführung einer Kassenbonpflicht im Handel ausgesprochen, mit dem Argument: **„Brauchen wir nicht, ist doch nur Kleinkram, etc.“**. Der Bundeswirtschaftsminister höchstselbst stellte sich an die Spitze der Bewegung und verlangte nun, Jahre nachdem das Gesetz verabschiedet worden ist, einen Verzicht auf den Kassenbon, unter anderem auch aus **Umweltschutzgründen (Papierberg!!!)**. Gegen ein solches Scheinargument würde sich Greta wehren!!

Dabei ist gerade die Einführung einer Bonpflicht verbunden mit einer **manipulationssicheren Kasse** die Grundvoraussetzung alle bei den Betroffenen anfallenden Umsätze steuerlich entsprechend zu erfassen. Eine elektronische, manipulationssichere Kasse ist unnütz, wenn nicht sichergestellt wird, das der getätigte Umsatz auch **in der Kasse erfaßt wird**, abzulesen an dem ausgeworfenen Kassenbon. Ein Umstand, dem man sich in **Italien** schon seit vielen Jahren bewußt ist und wo jeder Espresso mit einem Kassenbon versehen wird. **Deutsche Finanzminister**, hier tat sich vor allem Wolfgang Schäuble hervor, glauben, nur das als Gesetz verantworten zu können, was im eigenen Hause ausgebrütet wird und jeder grenzüberschrei-

tende Blick Richtung Süden von dem Vorurteil geleitet wird, daß dort die Luftküsse und Steuerhinterzieher zu Hause sind. Seriöse Schätzungen vermuten, daß durch die Nicht-Kassenbon-Pflicht verbunden mit der Nichtpflicht einer manipulationssicheren Kasse dem Fiskus pro Jahr mehr als **6 Milliarden Euro** an Steuern verlorengehen; in zwei Jahren also die Höhe des vermeintlichen Schadens durch **Cum und Ex**. Ein Beispiel dafür ist Österreich, das ab 2016 die Pflicht zum Kassenbon und manipulationssicheren Kassen eingeführt hat. Pikanterweise laufen die Kassen mit einem **deutschen Patent** und **deutscher Software**, dies genügte aber dem damaligen Finanzminister (Schäuble hieß er) nicht, er ließ alles nochmals prüfen und prüfen und prüfen.... Österreich konnte nach Einführung der neuen Bedingungen rund **650 Millionen Umsatzsteuer pro Jahr** mehr einnehmen, hochgerechnet auf Deutschland wären dies mindestens 6 Milliarden Steuern mehr, ohne daß steuererhrliche Bürger mehr zahlen müßten. Unfähige oder unwillige Politiker haben auch die Cum-Cum Affäre zu verantworten. Hier handeln allerdings nun die Gerichte, der erste **Strafprozeß gegen Cum-Cum-Ex-Akteure** vor dem Landgericht Bonn wird mit Verurteilungen enden, in Wiesbaden ist gerade der Strafprozeß gegen die **Spiritus Rector** dieses Betrugers, dem ehemaligen **Finanzbeamten und Steuerberater Berger**, eröffnet worden. Ein anhängiges Verfahren vor dem Bundesfinanzhof könnte nun auch Klarheit in der Kassen- und Bonfrage bringen. Ein **Anwalt für Steuerrecht**, der im Nebenberuf Gastronom am Bodensee ist, will dort feststellen lassen, daß die aktuelle Praxis in **bargeldintensiven Branchen** durch mangelnde Kontrolle eklatant gegen den Gleichheitsgrundsatz bei der Besteuerung verstößt und damit geändert werden müßte, etwa durch eine rechtliche Lage wie seit 2016 in Österreich. Ob der derzeitige Bundesfinanzminister nach seiner Pleite bei der Wahl zum SPD-Vorsitzenden dann dazu die nötige Durchsetzungskraft haben wird, darf jedoch bezweifelt werden.



Wir wünschen allen unseren Lesern ein geruhsames Weihnachtsfest und ein gutes und erfolgreiches Jahr 2020.

# AKTIOMed:

## Weniger Rendite durch geplante Finanzmarkttransaktionssteuer!

Ursprünglich sollte die Finanztransaktionssteuer die Wertpapiermärkte bändigen. So, wie sie Finanzminister Scholz durchsetzen will, wird sie **nur Schaden anrichten**. Nach der Finanzkrise 2008/2009 wurde eine vom marktliberalen **Ökonomen James Tobin** bereits 1972 konzipierte Finanztransaktionssteuer von der Politik aufgegriffen und mündete in einen Vorschlag der **EU-Kommission 2011**, die damit p.a. über 50 Milliarden EURO einbringen und so einen Teil der Kosten der Finanzkrise decken sollte. Besteuert werden sollte der schnelle Handel mit Wertpapieren, egal welcher Art: **Hochfrequenzhandel, Day Trading und Derivate Handel**. Doch leider verlief die Idee wie so manch andere Regulierungsidee nach der Finanzkrise durch die massive Lobbyarbeit von Banken und anderen Finanzinstitutionen im Sande, aber auch, weil wichtige Länder wie Großbritannien sich quer legten.

Vor etwa zwei Jahren entdeckte dann **Bundesfinanzminister Scholz** dieses Projekt erneut, festgeschrieben im GROKO-Vertrag: „Die Einführung einer **substanziellen Finanztransaktionssteuer wollen wir zum Abschluß bringen**“, und versucht nun mit einer Koalition der Willigen innerhalb der

EU eine Finanzmarkttransaktionssteuer genannte Abgabe einzuführen. Um die Unterstützung von Frankreichs Präsident Macron zu erlangen, aber auch um die nach dem Brexit möglicherweise aus London flüchtende Finanzindustrie nicht schon vorab abzuschrecken, wurde die Steuer nun nicht mehr auf die ursprüngliche Zielgruppe, nämlich **die Zocker an den Wertpapiermärkten**, ausgerichtet. Frankreich hat schon vor Jahren eine Steuer nur auf den Handel mit Aktien eingeführt und dabei den **Derivatehandel**, den die französischen Großbanken in großem Stil betreiben, verschont. Statt dessen reifte im Bundesfinanzministerium die Idee, nun Kleinaktionäre, Fondsanleger und Altersvorsorgesparer mit einer Steuer von 0,2 % des Wertes beim Kauf von Aktien zu belegen, mit der besonderen Einschränkung, daß dies nur für Aktien von Unternehmen gelten soll, die eine Marktkapitalisierung von mehr als einer **Milliarde EURO** und ihren Hauptsitz in Deutschland haben. Da neben Deutschland, wo aktuell **145 Firmen** betroffen wären, auch noch andere EU-Länder - Österreich, Belgien, Frankreich, Griechenland, Italien, Portugal, die Slowakei, Slowenien und Spanien - mitmachen

sollen, würde sich der Kreis der betroffenen Aktien auf rund **500 Unternehmen** erstrecken. Allerdings ist die von Scholz angekündigte Einführung einer solchen Steuer noch lange nicht in trockenen Tüchern, da der eine oder andere Partnerstaat erhebliche Bedenken hat. Kleinere Länder fürchten, daß die Einnahmen aus einer solchen Steuer geringer wären als die Kosten, andere wiederum wollen eine größere Bemessungsgrundlage, die auch die riskanten Geschäfte einschließt. **Richtig daneben** liegt Scholz mit seinem Vorhaben, aus den Einnahmen dieser Steuer die politisch gewollte Grundrente zu finanzieren. Denn dann würden diejenigen, die in **Aktien sparen** können, die Rentner **quersubventionieren**, die nicht vorsorgen können.

Allerdings ist die geplante Steuer kein so großer Nachteil, daß man Aktien als Basis einer privaten Altersvorsorge vernachlässigen sollte. Ob es nun 7 % Rendite gibt, wie in den letzten **15 Jahre pro Jahr bei Aktiensparen** im Schnitt zu erzielen waren oder etwas weniger, spielt letztlich keine Rolle. Politisch ist es natürlich in der Situation total abzulehnen, daß **potentielle Umsatzsteuerbetrüger geschont** und ehrliche **Aktiensparer bestraft** werden sollen.

## Alternative Investments: Eckdaten unserer Empfehlung für Ihre Investition



**Fondsname:** Solarportfolio1  
**Initiator:** HEP Capital  
**Währung:** EURO  
**Volumen:** Nur Eigenkapital  
**Mindestsumme:** 20.000.-  
**Dauer:** 5-20 Jahre  
**Ausschüttung:** 6,00 % p.a.  
**Rückfluss:** Nach 20 Jahren: 213 %

Die Investitionen erfolgen in Solaranlagen in Nordamerika, Japan, Taiwan, Australien und Europa. Sie werden realisiert, wenn bestimmte Voraussetzung beim Investitionsobjekt erfüllt sind. Hierzu gehören u.a. eine gesicherte Einspeisevergütung, eine Netzanschlußzusage, der Abschluß umfassender Versicherungen sowie ein Service- und Wartungsvertrag.



**Fondsname:** Aircoating Technologie  
**Initiator:** Patentpoll Group  
**Währung:** EURO  
**Volumen:** Nur Eigenkapital  
**Mindestsumme:** 20.000.-  
**Dauer:** Geplant 5 Jahre  
**Ausschüttung:** Unbestimmt  
**Rückfluss:** Nach 5 Jahren: >100 %

Die Zeichner beteiligen sich an einem Unternehmen, das neuartige Beschichtungsstoffe für die Außenhaut von Schiffen, sowohl für Binnen-, als auch für Seeschifffahrt entwickelt hat. In den nächsten Jahren wird eine kleine Produktionsanlage gebaut und vollständig in Betrieb genommen. Ein Businessplan liegt vor und erste Umsätze werden in 2019 erwartet.



**Fondsname:** Jamestown 31  
**Initiator:** Jamestown GmbH  
**Währung:** US-Dollar  
**Volumen:** 250 Mio. EK.  
**Mindestsumme:** 30.000.-  
**Dauer:** 7-12 Jahre  
**Ausschüttung:** 2,0%/4,0% p.a. a.2022  
**Rückfluss:** 7-12 Jah. 110 % (Netto)

Bei diesem Angebot erwirbt der Fonds mehrere Investitionsobjekte, wobei eine Diversifikation im Hinblick auf regionale Standorte, Immobilienutzungsarten und Mieter angestrebt wird. . Bevorzugt sind vor allem Einzelhandels- und Büroobjekte in den Metropolitan Areas, wie Boston, New York, Washington D.C., Los Angeles, San Francisco und vergleichbare Städte.

# Börsenampeln stehen für 2020 auf grün!

Die Spannungen zwischen den USA und China blieben in den vergangenen Wochen bestimmend für die Aktienmärkte. Sorgen, ein erhofftes Teilabkommen im amerikanisch-chinesischen Handelsstreit könnte doch nicht zustande kommen, bremsten nach mehreren Gewinnwochen **die Herbstrallye**. Die wichtigsten Leitindizes des US-Aktienmarktes blieben allerdings in der Nähe ihrer **neuen Rekordhochs**. Die Freude über gute Konjunkturindikatoren aus China währte nur kurz, weil US-Präsident Trump unvermittelt wieder Strafzölle gegen Argentinien, Brasilien, Frankreich und China thematisierte. Das Handelsabkommen mit China könne bis nach der Präsidentschaftswahl 2020 verschoben werden, drohte Trump. Die Aktienmärkte verloren darauf die **Kurszuwächse mehrerer Wochen**. Vor allem gute US-Arbeitsmarktdaten führten dann aber zu einer Stabilisierung. Der Wahlsieg des britischen **Premierministers Johnson** und eine erste Einigung im amerikanisch-chinesischen Handelskonflikt wurden dann an den Aktienmärkten mit Kursgewinnen honoriert. Sowohl beim britischen EU-Austritt als auch beim Handelskonflikt zwischen den USA und China stehen zwar noch schwierige Verhandlungen bevor; die Börsen honorierten aber den Rückgang der kurzfristigen Unsicherheiten. Der **Dow Jones in New York** kletterte bis Mitte Dezember auf ein neues Rekordhoch über 28.100. Noch deutlicher fiel die Impulsbewegung beim **S&P-500** aus, dessen neuer

Rekord zwar den übergeordneten Aufwärtstrend bestätigt, in den kommenden Wochen aber auch erstmal nach einer Pause verlangen dürfte. Auch an der **Nasdaq** lieferten die Leitindizes neue Rekorde. Damit sind die Kursspitzen vom Sommer 2018 fast wieder erreicht. Es gibt also keine Zweifel an den intakten Aufwärtstrend der **Leitbörsen in New York**. Und die Mehrheit der Aktienmärkte auf anderen Kontinenten folgt dem Beispiel. Weltwirtschaftliches Basisszenario und „**Börsenampeln**“ zeigen ein weiterhin günstiges Umfeld für Aktieninvestments. Diese Ampeln stehen aktuell auf Grün: **Inflation, Leitzinsen, Euro/Dollar, Zinsstruktur, Einkaufsmanagerindex und Börsenstatistik**.

Die Inflation ist gegenüber dem Vorjahr beiderseits des Atlantiks gesunken. In den USA im Jahresvergleich von 2,5 auf 1,8 Prozent, in Euroland von 1,9 auf 1,0 Prozent. Entsprechend locker ist die Geldpolitik der beiden Notenbanken. Die Fed senkte bekanntlich am 30. Oktober zum dritten Mal in diesem Jahr ihre Fed Funds Rate um 25 Basispunkte und pumpt Monat für Monat **60 Milliarden Dollar** in die Märkte. Die Europäische Zentralbank (EZB) kauft für **20 Milliarden Euro** pro Monat Anleihen. Auf Jahresbasis ist noch ein Dollar-Anstieg gegenüber Euro zu vermelden. Ende November erhielt man für einen Euro **drei Cent weniger** als vor einem Jahr. Die Zinsen in Euroland liegen weitgehend unter der Nulllinie, aber die

Zinsstruktur ist nicht mehr invers. Ungefähr 44 Basispunkte berechnen sich Geschäftsbanken am Interbankenmarkt untereinander für M1-Gelder. Die zehnjährige REX-Rendite deutscher Bundesanleihen kletterte von **minus 42 auf minus 38 Basispunkte**. Gegenüber dem Vormonat hat der globale Einkaufsmanagerindex, den für das Umspringen der Ampel entscheidenden Sprung über die Marke von 50,0 Punkten gemacht: Vor allem aufgrund der weiteren Verbesserung des „Manufacturing PMI“ in den USA, aber auch in anderen Volkswirtschaften, kletterte der Index auf 50,3 und liegt damit erstmals seit April wieder über 50,0. Als sechster Umfeldfaktor wird die Börsenstatistik herangezogen: Die Ampel steht von **November bis April auf Grün** und von Mai bis Oktober auf Rot.

Ein seit längerem von Analysten dargelegtes wirtschaftliches Basisszenario behält Gültigkeit. Angesichts der in Europa weit verbreiteten Skepsis könnte für die Konjunktur und Aktienmärkte das größere Überraschungspotenzial auf der positiven Seite – ganz ähnlich wie 2017 – liegen. Damit könnte die Unterstützung durch die sehr lockere Geldpolitik allerdings wieder abflachen. Eine harte Trendwende werden aber weder von der Fed noch von der EZB erwartet. Für die Rentenmärkte könnte eine überraschend besser laufende Konjunktur aber zu einer Belastung werden. Deshalb ist es grundsätzlich sinnvoll, **Renteninvestments weiter zu reduzieren**, und, wo nicht anders möglich, auf aktive Fondsmanager zu setzen, die „**alternative Renditequellen**“ bei Anleihen erschließen.

Bitte faxen an: 0228-18467-10 oder eine e-mail an: [aktiomed@t-online.de](mailto:aktiomed@t-online.de)

**AKTIOMed vertraulich** – Dezember 2019

Name: \_\_\_\_\_ PLZ: \_\_\_\_\_ Ort: \_\_\_\_\_

Tel.: \_\_\_\_\_ FAX: \_\_\_\_\_ e-mail: \_\_\_\_\_

Bitte Information über  US-Immobilienfonds Jamestown 31  HEP-Solarfonds 12  
 Patentpool Gruppe

Bitte um Information über ein Depot bei der Frankfurter Fondsbank (nur per Mail)

Bitte die Fondsdaten folgender Fonds übersenden: \_\_\_\_\_ (nur per Mail)